

**Leserbrief zu Ihrem Artikel „Schuldenbremse im Grundgesetz“,
HA vom 30.05.2009**

Man kann es kaum glauben, wie wenig wirtschaftspolitischer Sachverstand im Spiel ist, wenn nun die so genannte Schuldenbremse eingeführt wird. Politisch muss sie als Katastrophe bezeichnet werden, da sie dem Staat die Möglichkeit nimmt, schnell auf konjunkturelle Krisen und Herausforderungen reagieren zu können. Sie lässt keinerlei wirtschaftspolitische Handlungsspielräume mehr zu, aktiv unsere Zukunft zu gestalten. Die Festschreibung dieser prozyklischen Finanzpolitik wird sich nach Ansicht vieler Wirtschaftsexperten krisenverschärfend auswirken, denn die Schuldenbremse wird zu einer Wachstumsbremse. In der Folge wird es zu erheblichen Einsparungen kommen, die vor allem zu einem noch stärkeren Sozialabbau führen werden. Mit dieser Maßnahme wird die Zukunft unserer Kinder verspielt, weil für wichtige und notwendige Investitionen zum Beispiel im Bereich der Infrastruktur oder der Bildung und Forschung kein Geld mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung steht!

Martina Ruhardt
DIE LINKE. Herten